

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
Erstes Kapitel: Völkerrechtliche Betrachtung	28
A. Die Auflösung des Bundesstaates anhand von Fallgruppen und Beispielen	28
I. Sezession	28
II. Dismembration	29
III. Einbeziehung von Sezession und Dismembration	31
B. Das Recht zur Abspaltung von Staaten	31
I. Selbstbestimmungsrecht der Völker als dogmatische Grundlage eines Rechts auf Sezession	32
1. Historische Herausbildung des Selbstbestimmungsrechts der Völker	32
a) Die demokratische Selbstbestimmungsdimension: Das Selbstbestimmungsrecht vom Altertum bis zur Amerikanischen und Französischen Revolution	32
b) Die nationale Selbstbestimmungsdimension: Das Selbstbestimmungsrecht vom 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg	35
c) Die universale Selbstbestimmungsdimension: Das Selbstbestimmungsrecht im Ersten Weltkrieg und in der Ära des Völkerbundes	36
d) Die moderne Selbstbestimmungskonzeption: Das Selbstbestimmungsrecht nach dem Zweiten Weltkrieg	40
2. Rechtliche Einordnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker	41
a) Selbstbestimmungsrecht als Teil der UN-Charta	42
aa) Grammatikalische Auslegung	42
bb) Historische Auslegung	44
cc) Systematische Auslegung	44
dd) Teleologische Auslegung	46
b) Selbstbestimmungsrecht in der Praxis der Generalver- sammlung	47
c) Selbstbestimmungsrecht in der Praxis des Internationalen Gerichtshofes	49
d) Ansichten zum Selbstbestimmungsrecht in der Völkerrechtslehre	52

3.	Selbstbestimmungsrecht als dogmatische Grundlage eines Rechts auf Sezession	53
a)	Dokumente der Vereinten Nationen	53
aa)	„Friendly-Relations-Deklaration“	53
bb)	Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges	54
b)	Auffassung anderer internationaler Organisationen	55
c)	Ansicht der Völkerrechtslehre	56
d)	Staatenpraxis nach der Dekolonisierung	58
aa)	Inneres Selbstbestimmungsrecht in der Staatenpraxis	58
bb)	Äußeres Selbstbestimmungsrecht in der Staatenpraxis	61
aaa)	Staatenpraxis auf universeller Ebene	61
bbb)	Staatenpraxis auf europäischer Ebene	63
e)	Bewertung der Selbstbestimmungskonzeption über die Dekolonisierung hinaus	65
4.	Zusammenfassung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker	66
II.	Menschenrechte als dogmatische Grundlage eines Rechts zur Sezession	67
1.	Menschenrechte im Regelungskontext des Völkerrechts	67
2.	Verletzung der Menschenrechte als Grundlage für ein Sezessionsrecht	68
3.	Verhältnis von Menschenrechten und Selbstbestimmungsrecht der Völker	70
a)	Zulässigkeit der humanitären Intervention als Vergleichsmaßstab	70
b)	Selbstbestimmungsrecht der Völker als kollektives Menschenrecht	75
c)	Argumente für eine Ungleichbehandlung von Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechten	78
d)	Argumente für die Gleichbehandlung von Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechten	78
4.	Schlussfolgerungen für das Sezessionsrecht aus dem Vergleich der Menschenrechte mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker	80
III.	Ergebnis zum Recht zur Abspaltung von Staaten	81
C.	Träger des Rechts zur Abspaltung von Staaten	81
I.	Grundsätzliche Konzeption der Trägerschaft des Selbstbestimmungsrechts	82
1.	Staat, Nation und Volk als Träger des Selbstbestimmungsrechts	82
2.	Minderheiten als Träger des Selbstbestimmungsrechts	84
3.	Individuen als Träger des Selbstbestimmungsrechts	85
II.	Der Volksbegriff als Anknüpfungspunkt für das Selbstbestimmungsrecht	87
1.	Subjektiver Volksbegriff	87
2.	Objektiver Volksbegriff	88
3.	Gemischt subjektiv-objektiver Volksbegriff	88

4.	Politische Bestimmung des Volksbegriffes	89
III.	Bevölkerung eines Gliedstaates als Träger des Selbstbestimmungsrechts	91
1.	Gemischt subjektiv-objektiver Volksbegriff	91
2.	Teil des gesamten Staatsvolks	93
D.	Das Recht zur Bewahrung der Einheit von Staaten	94
I.	Territoriale Integrität der Staaten	94
1.	<i>Geschichtliche Entwicklung der territorialen Integrität</i>	95
2.	Territoriale Integrität im Spannungsfeld zum Selbstbestimmungsrecht der Völker	96
II.	„ <i>Uti possidetis iuris</i> “-Doktrin	98
1.	Geschichtliche Entwicklung der „ <i>uti possidetis iuris</i> “-Doktrin	99
2.	„ <i>Uti possidetis iuris</i> “-Doktrin im Spannungsfeld zum Selbstbestimmungsrecht der Völker	101
3.	Versuche zur Auflösung des Spannungsfeldes	102
III.	Zusammenfassung zum Recht zur Bewahrung von Staaten	103
E.	Das Verhältnis der widerstreitenden Prinzipien	104
I.	Anwendbarkeit völkerrechtlicher Regeln auf innerstaatliche Konflikte	104
II.	Ausgangslage im Völkerrecht	106
1.	Klassisches und modernes Völkerrecht als Staatenrecht	107
2.	Aufkommen des Rechts zur Auflösung von Staaten im Völkerrecht	108
3.	Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts im Lichte des vorrangigen Rechts zur Bewahrung von Staaten	109
III.	Situationen, in denen der Staatsverband verlassen werden darf	111
1.	Völkerrechtswidrige Herrschaft über ein Volk	112
2.	Diskriminierungen eines Volkes in einem rechtmäßig bestehenden Staat	112
3.	Nichtgewährung der inneren Selbstbestimmung	115
IV.	Verhältnismäßigkeit des Zieles, den Staatsverband zu verlassen	117
1.	Ausnutzung innerstaatlicher Konfliktlösungspotenziale	118
2.	Autonomie	119
a)	Verhältnis von Autonomie und Selbstbestimmungsrecht der Völker	120
b)	Arten der Autonomie	121
aa)	Personale Autonomie	121
bb)	Territoriale Autonomie	122
3.	Das Verlassen oder die Auflösung des Staatsverbands als ultima ratio	124
4.	Prüfung der Verhältnismäßigkeit: Festes Stufensystem oder Entscheidung im Einzelfall	124
F.	Föderale Intervention als Instrument zur Bewahrung von Bundesstaaten	125
I.	Rechtmäßige Ausübung des Selbstbestimmungsrechts	125
1.	Gewaltanwendung durch den Staat	125

a)	Die völkerrechtliche Rechtslage	126
b)	Exkurs: KSZE/OSZE-Dokumente	127
2.	Gewaltanwendung durch das Volk	131
3.	Gewaltanwendung in Notwehrfällen	132
II.	Rechtswidrige Ausübung des Selbstbestimmungsrechts	134
Zweites Kapitel: Rechtsvergleichende Analyse		136
A.	Einleitung	136
B.	Russländische Föderation - Russland	137
I.	Geschichte des russländischen Föderalismus	138
1.	Das Zarenreich	138
2.	Von der Oktoberrevolution bis zum Ende des Kalten Krieges	139
a)	Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)	139
b)	Die Russländische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik	140
3.	Die Auflösung der Sowjetunion und die Unabhängigkeit ihrer Republiken	141
4.	Föderalismus in der RF unter der Präsidentschaft Jelzins	142
5.	Putins Reform des Föderalismus in der RF	143
6.	Bewertung der Entwicklung des föderalistischen Systems in der RF	145
II.	Das Recht zur Abspaltung von Staaten nach russischem Recht	146
1.	Ausdrückliche Normierung des Sezessionsrechts in der Verfassung und im Bundesrecht	146
2.	Ausübung des Selbstbestimmungsrechts nach der Verfassung der RF	147
3.	Der Träger des Selbstbestimmungsrechts nach der Verfassung der RF	148
4.	Das Selbstbestimmungsrecht in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts der RF	149
5.	Bewertung der russischen Selbstbestimmungskonzeption	150
III.	Das Recht zur Bewahrung der Einheit von Staaten unter russischem Recht	152
1.	Absicherung der Einheit des Bundesstaates in der Verfassung der RF	152
a)	Präambel	152
b)	Art. 4 Abs. 3 RFV	153
c)	Art. 5 Abs. 3 RFV	154
d)	Art. 65 RFV	155
e)	Art. 82 Abs. 1 RFV	156
f)	Ergebnis	156
2.	Rechtsgrundlagen für ein Einschreiten gegen Sezessionsbestrebungen	157

a)	Verfassungsrechtliche Rechtsgrundlagen	157
aa)	Art. 13 Abs. 5 RFV	157
bb)	Art. 80 Abs. 2 S. 2 RFV	158
cc)	Art. 114 RFV	160
dd)	Streitkräfteeinsatz im Inneren nach der Verfassung der RF	161
b)	Einfachgesetzliche Rechtsgrundlagen	161
aa)	Das Bundesgesetz „Über die Verteidigung“ und das Bundesverfassungsgesetz „Über den Kriegszustand“	162
bb)	Das Bundesverfassungsgesetz „Über den Ausnahmezustand“	163
aaa)	Die Voraussetzungen für die Verhängung des Ausnahmezustands	163
bbb)	Zulässige Maßnahmen während des Ausnahmezustands	165
ccc)	Der Einsatz von bundesstaatlichem Zwang während des Ausnahmezustands	165
ddd)	Ergebnis	167
cc)	Weitere Gesetze betreffend andere Truppen als die Streitkräfte der RF	167
dd)	Gesetze gegen Terrorismus und Extremismus	169
ee)	Die Militärdoktrin der RF	169
3.	Grenzen des Einschreitens gegen Sezessionsbestrebungen	170
a)	Völkerrechtliche Grenzen	171
aa)	Der Rang von Völkerrecht nach russischem Recht	171
bb)	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	173
aaa)	Die Staatenpraxis und die Auffassung der Völkerrechtslehre	173
bbb)	Das Selbstbestimmungsrecht als verletztes Recht bei Diskriminierungen	173
cc)	Menschenrechte	174
b)	Verfassungsrechtliche Grenzen	174
c)	Bundesverfassungsgesetzliche und bundesgesetzliche Grenzen	175
4.	Ergebnis	176
IV.	Föderale Intervention in der RF am Beispiel Tschetscheniens	177
1.	Geschichte des Tschetschenien-Konflikts	177
2.	Das „Tschetschenien-Urteil“ des Verfassungsgerichts der RF	179
3.	Anwendung der völker- und staatsrechtlichen Grundsätze auf den Fall Tschetschenien	181
4.	Aktuelle rechtliche Entwicklungen in Tschetschenien	183
V.	Gesamtergebnis	185
C.	Kanada	186
I.	Geschichte des kanadischen Föderalismus	187

1.	Britisch-Französischer Konflikt in Nordamerika und die Entstehung Kanadas	187
2.	Akkommodation, Modernisierung und Unabhängigkeit: Kanada bis 1960	189
3.	Die „stille Revolution“: Québec auf dem Weg zur „société distincte“	190
4.	Von der Repatriierung der Verfassung bis zum zweiten Referendum in Québec	192
5.	Die Gegenwart des kanadischen Föderalismus	193
6.	Bewertung der Entwicklung des föderalistischen Systems in Kanada	195
II.	Das Recht zur Abspaltung von Staaten nach kanadischem Recht	197
1.	Grundzüge des kanadischen Rechtssystems	197
2.	Ausdrückliche Normierung des Sezessionsrechts in der Verfassung und im Bundesrecht	198
3.	Sezessionsrecht aus ungeschriebenen Verfassungsregeln (Conventions)	199
4.	Die „Compact Theory“ als Grundlage für ein Recht zur Abspaltung vom Bundesstaat	201
a)	Inhalt der „Compact Theory“	201
b)	Gegenauffassung: Die „Constitutional Theory“	202
c)	Exkurs: Die Compact Theory in den USA und die Lehre John C. Calhouns	202
d)	Sezessionsrecht für kanadische Provinzen aus der Compact Theory	204
5.	Abspaltung von Kanada durch Änderung der Verfassung	206
a)	Verfassungsänderung als Instrument zur Ermöglichung von Sezessionen	207
b)	Anzuwendendes Verfahren zur Änderung der Verfassung	208
aa)	Verfahren nach sec. 43 CA	209
bb)	„Allgemeines Verfahren“ nach sec. 38 bis 40 CA	210
cc)	Das Einstimmigkeitsverfahren nach sec. 41 CA	210
c)	Ergebnis	212
6.	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Sezessionsgrundlage in Kanada	212
a)	Träger des Selbstbestimmungsrechts in Kanada	213
b)	Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in Kanada	215
7.	Die Entscheidung des Supreme Court zur Rechtmäßigkeit einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung nach kanadischem Recht	216
a)	Verfahren vor dem Supreme Court	216
b)	Inhalt der Entscheidung des Supreme Court	217
c)	Bewertung der Entscheidung des Supreme Court	219
8.	Ergebnis zum Recht zur Abspaltung von Staaten nach kanadischem Recht	220

III. Das Recht zur Bewahrung der Einheit von Staaten nach kanadischem Recht	220
1. Absicherung der Einheit des Bundesstaates im Verfassungsrecht Kanadas	220
a) Präambel	221
b) Sec. 3 BNAA	221
c) Sec. 146 BNAA	222
2. Rechtsgrundlagen für ein Einschreiten gegen Sezessionsbestrebungen	222
a) Vorbemerkung zu den Handlungsbefugnissen der öffentlichen Gewalt in Kanada	223
b) Peace, Order, and Good Government als Bundeskompetenz für staatlichen Zwang	223
c) Spezialgesetzliche Ausgestaltung der Notfallkompetenzen des Bereichs POGG	225
aa) War Measures Act	225
bb) Emergencies Act	226
aaa) Vorbemerkung zur Auslegung des Emergencies Act	226
bbb) Voraussetzungen des public order emergency	227
(1) Bedrohung der Sicherheit Kanadas	228
(2) Vergleichbarkeit mit einem nationalen Notfall	229
(3) Erklärung des public order emergency	229
ccc) Rechtsfolgen des public order emergency	231
d) Ergebnis	232
3. Grenzen des Einschreitens gegen Sezessionsbestrebungen	232
a) Selbstbestimmungsrecht der Völker	232
b) Menschenrechte	233
c) Verfassungsrechtliche Grenzen	233
d) Einfachgesetzliche Grenzen	234
e) Ungeschriebene Grenzen	235
4. Ergebnis zum Recht zur Bewahrung von Staaten nach kanadischem Recht	236
IV. Gesamtergebnis	236
D. Königreich Spanien	238
I. Geschichte des Föderalismus in Spanien	239
1. Von der Staatswerdung Spaniens bis zur absolutistischen und zentralistischen Monarchie	239
2. Von den ersten Dezentralisierungsversuchen im 19. Jahrhundert bis zur zweiten Republik	240
3. Von der Diktatur Francos über die Transición zur Demokratie	241
4. Der Staat der Autonomen Gemeinschaften	242
5. Bewertung der Entwicklung des föderalen Systems im Königreich Spanien	244
II. Das Recht zur Abspaltung von Staaten nach spanischem Recht	245

1.	Kein geschriebenes Sezessionsrecht im spanischen Recht	245
2.	Das Recht auf Autonomie als Grundlage für ein Sezessionsrecht	246
	a) Der Autonomiebegriff der Verfassung	246
	b) Der vorkonstitutionelle Autonomiebegriff	247
3.	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Sezessionsgrundlage in Spanien	248
	a) Träger des Selbstbestimmungsrechts in Spanien	248
	aa) Konzeption von „Volk“, „Nation“ und „Nationalitäten“ in der Verfassung	249
	bb) Subjekt des Selbstbestimmungsrechts in den Autonomiestatuten	251
	cc) Auswirkungen der Reform des katalanischen Autonomiestatus auf das Selbstbestimmungsrecht in Spanien	253
	b) Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in Spanien	254
	aa) Regelung in der spanischen Verfassung	254
	bb) Regelung in den Autonomiestatuten der Autonomen Gemeinschaften	256
	c) Ergebnis	257
4.	Änderung der Verfassung als Möglichkeit zur Abspaltung von Spanien	257
	a) Verfahren zur Änderung der spanischen Verfassung	258
	b) Zusätzliches Erfordernis: Die Änderung des Autonomiestatus	259
	c) Ergebnis	259
III.	Das Recht zur Bewahrung der Einheit von Staaten unter spanischem Recht	259
1.	Absicherung der Einheit Spaniens im Verfassungsrecht	260
	a) Präambel	261
	b) Vortitel der Constitución Española	261
	c) Art. 11 CE	263
	d) Art. 56 Abs. 1 CE	263
	e) Art. 94 Abs. 1 lit. c CE	264
	f) Titel VIII der Constitución Española	264
2.	Rechtsgrundlagen für ein Einschreiten gegen Sezessionsbestrebungen	266
	a) Art. 8 CE	266
	b) Art. 155 CE	268
	aa) Voraussetzungen der Anwendung des Art. 155 CE	269
	bb) Rechtsfolgen der Anwendung des Art. 155 CE	270
	c) Art. 116 CE i.V.m. Organgesetz 4/1981	272
	aa) Formen des Staatsnotstands	272
	bb) Voraussetzungen für die Ausrufung des Belagerungszustands	273
	cc) Rechtsfolgen der Ausrufung des Belagerungszustands	274

d)	Regelungen in den Autonomiestatuten für den Einsatz der Streitkräfte	275
aa)	Einsatz der Streitkräfte nach den Autonomiestatuten	275
bb)	Der Einsatz der Polizeikräfte während des Staatsnotstands	277
cc)	Bewertung der Regelungen in den Autonomiestatuten	277
3.	Grenzen des Einschreitens gegen Sezessionsbestrebungen	277
a)	Völkerrechtliche Grenzen	278
aa)	Rang von Völkerrecht im spanischen Recht	278
bb)	Selbstbestimmungsrecht der Völker	279
cc)	Menschenrechte	279
b)	Verfassungsrechtliche Grenzen	280
aa)	Menschenrechte	280
bb)	Rechtsstaatsprinzip	280
cc)	Autonomieprinzip	280
dd)	Grenzen des Staatsnotstands	281
c)	Einfachgesetzliche Grenzen	281
IV.	Föderale Intervention im Königreich Spanien am Beispiel des Baskenlands	282
1.	Geschichte des baskischen Konflikts	282
2.	Der Ibarretxe-Plan für einen „baskischen Freistaat“	284
3.	Reaktion der spanischen Regierung auf den Ibarretxe-Plan	286
a)	Klage vor dem Tribunal Constitucional nach Art. 161 Abs. 2 CE	286
b)	Einführung der Art. 506 bis, 521 bis Código Penal	287
c)	Strategiewechsel nach dem Regierungswechsel im Jahr 2004	288
4.	Bewertung der baskischen Separationsforderungen	289
	Drittes Kapitel: Staatsrechtliche Betrachtung	291
A.	Einleitung	291
B.	Absicherung der Einheit des Bundesstaates im innerstaatlichen Recht	291
I.	Absicherung der Einheit des Bundesstaates nach dem Grundgesetz	292
1.	Grundsätzliche Konzeption des Föderalismus nach dem Grundgesetz	292
a)	Exkurs: Der Streit um die Rechtsnatur des Deutschen Reiches	292
b)	Die Rechtsnatur der Bundesrepublik Deutschland	294
2.	Absicherung der Einheit des Bundesstaates im Grundgesetz	296
a)	Präambel	296
b)	„Bestand des Bundes“ als Schutzgut in verschiedenen Verfassungsnormen	298
c)	Grundzuständigkeit des Bundes für die territoriale Struktur nach Art. 29 GG	299

d)	Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG und die Rückführung der Staatsgewalt auf das Volk	301
II.	Absicherung der Einheit des Bundesstaates im einfachen Recht	301
III.	Bekanntnisse zur Einheit des Bundesstaates im Landesverfassungsrecht	302
IV.	„Bundestreue“ als ungeschriebene Absicherung der Einheit des Bundesstaates	302
C.	Das Recht zur Abspaltung von der Bundesrepublik Deutschland	304
I.	Ausdrückliche Normierung des Sezessionsrechts	304
II.	Selbstbestimmungsrecht der Völker als Sezessionsgrundlage	304
1.	Rang von Völkerrecht im Recht der Bundesrepublik Deutschland	304
2.	Deutsche Landesvölker als Träger des Selbstbestimmungsrechts	305
a)	Objektives Element des Volksbegriffs	306
b)	Subjektives Element des Volksbegriffs	306
aa)	Einführung einer Landesstaatsangehörigkeit	307
bb)	Regionalbewusstsein als Ersatz für ein Landesbewusstsein	308
cc)	Historisch-individueller Begriff des deutschen Volkes als Kulturation	309
c)	Ergebnis	310
3.	Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in Deutschland	312
D.	Das Recht zur Bewahrung der Einheit der Bundesrepublik Deutschland	312
I.	Die Gewährleistung des Bundes für die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern nach Art. 28 Abs. 3 GG	312
II.	Bundeszwang nach Art. 37 GG	313
1.	Historische Einordnung des Bundeszwangs	314
2.	Voraussetzungen für den Einsatz von Bundeszwang	315
a)	Handelndes Rechtssubjekt	315
b)	Verletzung von Bundespflichten	315
c)	Formelle Voraussetzungen	316
3.	Rechtsfolgen	316
III.	Der innere Notstand nach Art. 91 GG	318
1.	Historische Einordnung des inneren Notstands	319
2.	Voraussetzungen und Rechtsfolgen des inneren Notstands	320
a)	Art. 91 Abs. 1 GG	320
aa)	Bestand des Bundes oder eines Landes	320
bb)	Freiheitliche demokratische Grundordnung	321
cc)	Drohende Gefahr	321
dd)	Rechtsfolgen nach Absatz 1	322
b)	Art. 91 Abs. 2 GG	322
aa)	Voraussetzungen gemäß Art. 91 Abs. 1 GG	322
bb)	Zusätzliche Voraussetzungen nach Art. 91 Abs. 2 S. 1 GG	323
cc)	Rechtsfolgen nach Absatz 2 Satz 1	324
dd)	Überregionaler Notstand nach Absatz 2 Satz 3	324

3. Ergebnis	325
IV. Einsatz der Streitkräfte im Inneren nach Art. 87a Abs. 4 GG	325
1. Historische Einordnung des Einsatzes der Streitkräfte im Inneren	325
2. Voraussetzungen für den Einsatz der Streitkräfte im Inneren nach Art. 87a Abs. 4 GG	326
a) Drohende Gefahr für geschützte Rechtsgüter	327
b) Verweisung auf Art. 91 Abs. 2 GG	327
c) Nichtausreichen der Verwendung landes- und bundespolizeilicher Mittel	327
3. Rechtsfolgen	328
a) Zweck des Streitkräfteeinsatzes	328
b) Intensität des Streitkräfteeinsatzes	329
c) Zeitliche Beschränkung des Streitkräfteeinsatzes	331
4. Ergebnis	331
V. Ergebnis	331
E. Gesamtergebnis	332
Zusammenfassung	333
Literaturverzeichnis	337